

14. Ordentliche Sitzung des Studierendenparlamentes

| | |
|--------------------|--|
| DATUM | |
| BEGINN | 18:13 UHR |
| ENDE | 21:06 UHR |
| ORT | BESPRECHUNGSRAUM DES KANZLERS, RAUM 4.04, HAUPTGEBÄUDE, ZENTRALCAMPUS COTTBUS / ONLINE PER BIGBLUEBUTTON |
| TYP | ORDENTLICHE SITZUNG |
| PROTOKOLL | FABIAN MILDNER, ISABELLE ZENKER |
| REDELEITUNG | ISABELLE ZENKER |

Mitglieder des Studierendenparlamentes

| ANWESEND | ENTSCULDIGT | UNENTSCULDIGT |
|-------------------------|--------------------------|----------------------|
| ALEXANDER HOWEL | CHUKWUEMEKA DANIEL OKOLO | RICHARD FRANKE |
| ANTON TERO SCHIEFELBEIN | DON GLÜCKSTEIN | |
| BENJAMIN HOPPE | MARYAM JABBOORY | |
| EMANUEL BREITFELD | NASIF AHAMAD | |
| ERIK JANKOWSKI | TRISTAN LAURIN SCHWARZ | |
| FABIAN ENRICO LÜDICKE | | |
| FABIAN MILDNER | | |
| HANS YOUSOUF KIESLER | | |
| ISABELLE ZENKER | | |
| JAN MÜLLER | | |
| JONATHAN OKOCHA | | |
| JULIUS SCHULZ | | |
| MATEO JARAMILLO FRANCO | | |
| MAX ADRIAN BEIER | | |
| MICHAEL LÜCK | | |
| MUHAMMMAD REHMAN SHAH | | |
| OLIVER PFLUG | | |
| SIRI BEWERSDORFF | | |
| STEFAN BÉAT BINDER | | |
| WIENKE WENIG | | |
| XAVIER BISCHOFF | | |

Gäste aus dem Studierendenrat

| GAST | GAST | GAST |
|------------------|------------------|------------------|
| PHILIPP KALLISCH | ROBIN SCHATZMANN | JULIUS KIEKBUSCH |
| ISABEL BALINSKI | JAKOB KRÜGER | - |

Sonstige Gäste

| | | |
|----------------|---|---|
| MADIYAR BARATI | - | - |
| - | - | - |

TAGESORDNUNG**SEITE**

| | |
|--|----|
| TOP 1: Formalia..... | 4 |
| TOP 2: Allgemeine Informationen für die Parlamentarier*innen..... | 5 |
| TOP 3: Berichte aus den Kommissionen..... | 5 |
| TOP 4: Antrag Fördermitgliedschaft Opferperspektive..... | 6 |
| TOP 5: Antrag Filmreihe..... | 7 |
| TOP 6: Besetzung der vakanten Position im Verwaltungsrat des Studentenwerks..... | 8 |
| TOP 7: Aufwandsentschädigung Präsidium im Monat November 2023..... | 8 |
| TOP 8: Bundesweites Semesterticket..... | 8 |
| TOP 9: Beschluss der Beitragsordnung für das Sommersemester 2024 und das Wintersemester 2024/2025..... | 14 |
| TOP 10: Internationalisierungsstrategie der BTU..... | 15 |
| TOP 11: Sonstiges..... | 15 |

| TOP 1: FORMALIA | Beschluss |
|---|-----------|
| <p>A) FESTSTELLUNG DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT:</p> <p>Die Sitzung wird in hybrid durchgeführt. Es sind zu Beginn 18 von 27 Parlamentarier*innen im Besprechungsraum des Kanzlers sowie BigBlueButton anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist ab 14 Parlamentarier*innen gegeben.</p> <p>Anmerkung 1: Bei Online-Sitzungen werden die folgenden Beschlüsse entweder per Umfrage-Tool in BigBlueButton oder per namentlicher Abstimmung durchgeführt.</p> <p>Anmerkung 2: Um die Hochschulöffentlichkeit auch bei Online-Sitzungen nicht auszuschließen, wurde die Einladung zu dieser Sitzung an alle Mitglieder des Parlaments und des Studierendenrates, sowie alle Fachschaftsrate der BTU gesendet. Zudem wurde der Sitzungstermin auf der StuRa/StuPa-Homepage bekanntgegeben. Am Tage der Sitzung wurde in den WhatsApp-Gruppen des StuPa und des Runden Tisches der Fachschaften sowie auf der StuRa/StuPa-Homepage der Link zum BigBlueButton-Meeting veröffentlicht.</p> | |
| <p>B) BESCHLUSS DER TAGESORDNUNG</p> <p>Beschluss: 1-14/2023 18:0:0 </p> <p>Die Tagesordnung wird angenommen.</p> | |
| <p>C) KONTROLLE DER PROTOKOLLE:</p> <p style="text-align: right;">Wienke W. betritt die Sitzung um 18:16 Uhr.</p> <p>Protokoll der 10. ordentlichen Sitzung vom 07. November 2023.</p> <p>Protokoll der 11. ordentlichen Sitzung vom 14. November 2023.</p> <p>Isabelle Z. merkt an, dass Roland P. und Laila M. von der Liste der sonstigen Gäste in die Liste der Gäste aus dem StuRa übertragen werden müssen.</p> <p>Dies ist eine redaktionelle Änderung und das Protokoll kann beschlossen werden.</p> <p>Protokoll der 07. Präsidiumssitzung vom 08. November 2023.</p> | |
| <p>D) BESTÄTIGUNG DER PROTOKOLLE:</p> <p>Beschluss: 2-14/2023 18:0:1 </p> <p>Das Protokoll der 10. ordentlichen Sitzung vom 07. November 2023 wird angenommen.</p> <p>Beschluss: 3-14/2023 18:0:1 </p> <p>Das Protokoll der 10. ordentlichen Sitzung vom 14. November 2023 wird angenommen.</p> <p>Beschluss: 4-14/2023 18:0:1 </p> <p>Das Protokoll der 07. Präsidiumssitzung vom 08. November 2023 wird angenommen.</p> | |

| TOP 2: ALLGEMEINE INFORMATIONEN FÜR DIE PARLAMETARIER*INNEN | Information |
|---|-------------|
| <p>Isabelle Z.: Alle Kommissionen sollten daran denken zu tagen. Dies sollte in naher Zukunft geschehen.</p> <p>Fabian L. fragt bis wann die Kommissionen getagt haben müssen.</p> <p>Fabian M.: Es sollte so schnell wie möglich getagt werden, damit die Auszahlungen noch dieses Jahr erfolgen können. Auszahlungen für 2023 im nächsten Jahr würden den entsprechenden Haushaltstopf überziehen.</p> | |
| <p>Isabelle Z.: Das nächste Quartalsgespräch mit der Präsidentin findet nächste Woche statt. Gibt es Themenvorschläge?</p> <p>Das Parlament liefert keine weiteren Vorschläge.</p> | |
| <p>Fabian M. erklärt den momentanen Stand des Oktoberfest 2023. Der Widerspruch gegen die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbitte bzgl. des Oktoberfest 2023 ist eingegangen. Bisher gab es keine Entscheidung über den Widerspruch.</p> <p>Fabian M. informiert das Parlament darüber, dass wir aufgrund der Rechtsaufsichtsbitte einen neuen Beschluss fassen müssen.</p> <p>Philipp K. berichtet, dass der Widerspruch bearbeitet wird und in den nächsten Wochen mit einer Antwort erwartet werden kann.</p> | |
| <p>Philipp K. informiert, dass der Nachtragshaushalt 2023 bestätigt wurde.</p> | |

| TOP 3: BERICHTE AUS DEN KOMMISSIONEN | Information |
|---|-------------|
| <p>KOMMISSION FÜR DIVERSITÄT UND SOZIALES</p> <p>Isabelle Z. berichtet. Die Rechenschaftsberichte der beiden Referentinnen wurden besprochen und angenommen.</p> | |
| <p>FINANZKOMMISSION</p> <p>Anton S. berichtet. Der Rechenschaftsbericht von Philipp K. wurde angenommen. Weiterhin wurde über ein Kassenproblem eines Fachschaftsrats gesprochen. In dieser Woche wird erneut eine Kommissionssitzung mit Philipp K., Philipp S. und Marcel K. stattfinden.</p> | |
| <p>KOMMISSION FÜR KULTUR</p> <p>Fabian M. berichtet. Die Rechenschaftsberichte der Referentinnen wurden angenommen.</p> | |
| <p>KOMMISSION FÜR SPORT</p> <p>Fabian M. berichtet. Die Rechenshaften des letzten halben Jahres wurden angenommen und die Kommission ist zufrieden mit der Arbeit der Referent*innen.</p> | |

TOP 4: ANTRAG FÖRDERMITGLIEDSCHAFT OPFERPERSPEKTIVE**Beschluss**

Isabel B. stellt den Antrag vor.

Im letzten Jahr wurde bereits ein Antrag auf Fördermitgliedschaft im Parlament beschlossen. In diesem Jahr wurde lediglich die Summe des Antrags um 150€ erhöht.

Der Opferperspektive e.V. ist ein durch Spenden finanzierter Verein, welcher Opfer von bspw. Rechter Gewalt berät und unterstützt. Des Weiteren betreut der Verein verschiedene Projekte. Eines davon ist „Cottbus United“, ein Projekt zur Sichtbarkeit für People of Color. Die Zusammenarbeit mit dem Opferperspektive e.V. war in den letzten drei Jahren sehr gut. Die Mitarbeitenden waren immer erreichbar und sehr freundlich.

Isabel B. ist der Meinung, dass die ehrenamtlich engagierten Studierenden bei Gewalt jeglicher Form nicht ausreichend fachlich helfen können. Aus diesem Grund sind solche Beratungsstellen essenziell.

Abschließend spricht sich **Isabel B.** dafür aus, den finanziellen Beitrag im nächsten Jahr nochmals zu erhöhen und dies im Haushalt zu berücksichtigen.

Beschluss: 5-14/2023 |18:0:1|

Das Studierendenparlament der BTU genehmigt die Erhöhung des Mitgliedsbeitrags zum Opferperspektive e.V. auf 325€ pro Jahr.

TOP 5: ANTRAG FILMREIHE**Beschluss**

Isabel B. stellt den Antrag vor.

Der Antrag Filmreihe wurde vom Referat für Diversität und Soziales gestellt. Es ist geplant im Sommersemester eine Filmreihe mit bis zu 12 Filmen zu den Themen Diversität, Inklusion, Chancengleichheit, Gender und Feminismus auszustrahlen. Die Filmliste und der Rhythmus in welchem die Filme laufen werden sind bisher nicht festgelegt.

Die Filmreihe wird in Kooperation mit dem Uni-Kino vorgeführt und zusätzlich zum normalen Programm stattfinden. Die Filmlicenzen werden vom Uni-Kino übernommen. 1200€ des Antrages werden für die Eintrittsgelder verwendet. Eingeplant sind so bis zu 50 Studierende pro Film. Die Vorstellungen der Filme sollen in Hörsälen stattfinden um den Charakter der Uni-Kinos widerzuspiegeln.

Im Antrag sind 1000€ für Honorare angesetzt. Diese sollen als Aufwandsentschädigungen für verschiedene fachliche Expert*innen genutzt werden, die den gezeigten Film mit den anwesenden Personen besprechen, aufarbeiten und emotional verarbeiten. Eine solche Betreuung muss nicht nach jedem Film notwendig sein.

Stefan B. spricht sich positiv für das Projekt Filmreihe aus. Er fragt wie sich die 1200€ für Eintrittsgelder zusammensetzen und wofür genau diese genutzt werden sollen.

Isabel B. erklärt, dass die Regelung der Organisation und des Eintritt durch Absprachen mit einer Person vom Uni-Kino stammen. Die Lizenzen werden von der Uni-Kino Zentrale in Göttingen gezahlt. Bezüglich der Eintrittsgelder muss am Einlass eine Strichliste über die Anzahl der Teilnehmer geführt werden. Diese ist dann Grundlage für die Rechnung an den StuRa. Eingeplant ist ein Betrag von 2€ pro studierender Person. Diese setzen sich aus 1,50€ Eintritt und 0,50€ für eine Clubkarte zusammen. Die 1200€ im Antrag setzen sich also aus den 50 Personen pro Film zusammen, für die jeweils 2€ Eintritt übernommen werden.

Anton S.: Die Clubkarte muss doch eigentlich nur einmal pro Semester bezahlt werden, oder? Und von wem wird die Planung und die Werbung organisiert und finanziert?

Isabel B. bejaht die Frage zur Clubkarte. Sie entgegnet weiterhin, dass die Werbekosten vom Uni-Kino übernommen werden. Für die Planung gibt es eine Kooperation zwischen dem Referat Diversität und Soziales und dem Uni-Kino.

Philipp K. berichtet, dass der Antrag Filmreihe bereits vom Studierendenrat angenommen wurde und die Finanzkommission ebenfalls zustimmt.

Isabel B. erinnert daran, dass eine 2/3 Mehrheit für den Beschluss notwendig ist.

Beschluss: 6-14/2023 |19:1:0|

Das Studierendenparlament der BTU nimmt den Projektantrag "Filmreihe" des Referats Diversität und Soziales i.H.v. 2.200€ an.

| TOP 6: BESETZUNG DER VAKANTEN POSITION IM VERWALTUNGSRAT DES STUDENTENWERKS | Beschluss |
|--|-----------|
| <p>Isabelle Z. möchte die vakante Position gerne besetzen, damit der Sitz nicht verwaist. Es hat bereits eine Kommunikation via E-Mail mit dem Studentenwerk stattgefunden.</p> <p>Stefan B. fragt, ob die vakante Position ausgeschrieben werden muss, glaubt aber, dass es dazu keine Regelung gibt. Des Weiteren spricht sich Stefan B. positiv für die Besetzung der Position durch Isabelle Z. aus.</p> <p>Fabian M.: Die Position war auch schon lange genug offen und wurde zwei Mal im Parlament angesprochen. Bisher hat sich trotzdem keine andere Person finden lassen.</p> <p style="text-align: right;">Isabel B. verlässt die Sitzung um 18:44 Uhr.</p> <p>Beschluss: 7-14/2023 18:0:2 </p> <p>Das Studierendenparlament der BTU beschließt, die vakante Position im Verwaltungsrat des Studentenwerks durch Isabelle Zenker zu besetzen.</p> | |

| TOP 7: AUFWANDSENTSCHÄDIGUNG PRÄSIDIUM IM MONAT NOVEMBER 2023 | Beschluss |
|---|-----------|
| <p>Für das Präsidium des Studierendenparlaments stehen insgesamt 450 Euro pro Monat als Aufwandsentschädigung zur Verfügung. Das Präsidium der Legislatur 2023 bestand im November aus drei Mitgliedern, Fabian Mildner, Isabelle Zenker und Max Adrian Beier. Das Präsidium organisiert und leitet die Parlamentssitzungen, repräsentiert das Parlament nach außen und tauscht sich regelmäßig in Präsidiumssitzungen und per Signal zu wesentlichen, das Parlament und die Studierendenschaft tangierenden Themen aus.</p> <p>In diesem Monat wurden administrative Aufgaben übernommen, wie etwa das Schreiben von Protokollen. Außerdem wurde die Wahl des Studierendenrat durchgeführt, sowie Verpflegung für die Sitzungen organisiert.</p> <p style="text-align: right;">Xavier B. verlässt die Sitzung um 18:49 Uhr.</p> <p>Beschluss: 8-14/2023 17:0:2 </p> <p>Das Präsidium erhält eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 450 Euro für den Monat November 2023. Die Aufwandsentschädigungen werden gemäß der Absprachen innerhalb des Präsidiums wie folgt aufgeteilt: 150€ für Fabian Mildner, 250€ für Isabelle Zenker und 50€ für Max Adrian Beier.</p> | |

| TOP 8: BUNDESWEITES SEMESTERTICKET | Beschluss |
|------------------------------------|-----------|
|------------------------------------|-----------|

Julius K. berichtet:

Am Montag wurde das bundesweite Semesterticket beschlossen. Nun liegt die Entscheidung über die Einführung an den Studierendenschaften der Hochschulen. Das Ticket wird für das Sommersemester 2024 im Vollsolidarmodell für alle Studierenden gelten und 60% des Deutschlandticketpreises kosten. Das sind zum momentanen Stand 29,40€ pro Monat bzw. etwa 170€ im Semester.

Derzeit liegt noch kein Vertrag vor, der unterzeichnet werden könnte. Dieser wird vom VBB schnellstmöglich erstellt. Dies wird jedoch noch einige Zeit dauern, da der VBB erst seit Montag die Auflage hat.

Wir haben uns mit dem Justitiariat abgesprochen und die folgende Idee entwickelt: Die Beitragsordnung soll heute beschlossen werden. So können die Rückmeldungen und Immatrikulationen für das Sommersemester bereits in die Wege geleitet werden. Sollte kein Vertrag zu Stande kommen, so werden die zu viel eingezogenen Beiträge automatisch zurückerstattet.

Xavier B. betritt die Sitzung um 18:53 Uhr.

Stefan B.: Wie ist die Situation an anderen Hochschulen?

Die anderen Hochschulen in Brandenburg haben ein VBB Semesterticket zum Preis von ~33€ pro Monat. Der Vertrag könnte dort auf das bundesweite Semesterticket angepasst werden. Die FH Potsdam und die TH Wildau haben zusätzlich die Fahrradmitnahme im Berlin ABC Bereich. Diese Zusatzleistung kostet dort ~16€. Das bundesweite Semesterticket ist für alle Studierendenschaften in Brandenburg günstiger als die momentanen Versionen der Semestertickets.

Anton S. fragt, welche Informationen es für das Ticket im Wintersemester 2024/25 gibt.

Momentan kann nur spekuliert werden. Falls es eine sehr frühe Erhöhung des Deutschlandticketpreises kommen sollte, dann könnte das bundesweite Semesterticket bereits zum Wintersemester 2024/25 teurer werden. Im Vertrag wird es eine Kündigungsklausel geben, um bei Preiserhöhungen das Vertragsverhältnis verlassen zu können.

Stefan B. fragt, welche Informationen zum Beschluss des Koordinierungsrats offengelegt werden können. Des Weiteren möchte er wissen wie lange die Bindung an 60% des Deutschlandticket-Preises bestehen bleiben und ob der VBB das bundesweite Semesterticket unabhängig vom Deutschlandticket preislich erhöhen kann.

Gleiche Bedenken wurden in den Landesvertretungen und dem fzs geäußert. 60% des Preises des Deutschlandtickets ist aktuell die dauerhafte Lösung. Das nächste Ziel ist es den Preis konstant zu halten. Dabei setzten sich die meisten für ~29€ ein. Um den Preis stabil zu halten müssen die Ministerien überzeugt werden. Die momentane Upgrade-Lösung läuft zum Ende des nächsten Semesters aus. Ob es nochmal eine Verlängerung geben wird ist unklar.

Maheliyar B. fragt wie sich das bundesweite Semesterticket auf die Situation des Jobtickets auswirkt und ob man dieses kündigen kann.

Die Studierendenschaft könnte den kompletten Vertrag kündigen. Das Jobticket ist zudem normalerweise etwas teurer als das momentane Angebot des bundesweiten Semesterticket. Mit Unternehmen müssten bezüglich der Finanzierung individuelle Lösungen gefunden werden.

Chukwuemeka O. betritt die Sitzung um 18:59 Uhr.

Stefan B. spricht sich dafür aus, die Gruppe der Studierenden von der Gruppe der Arbeitnehmenden zu trennen. Außerdem bringt er an, dass die Diskussion über das Jobticket keine Aufgabe des Studierendenparlaments ist.

Emanuel B.: Es war wirkungsvoll und druckausübend, dass einige Studierendenschaften ihre Semesterticket Verträge gekündigt haben. Wenn das bundesweite Semesterticket teurer wird, dann kann es wieder außer Kraft gesetzt werden. Für ein Solidarmodell ist etwa 1€ pro Tag in Ordnung. Eine Ersparnis von 40% ist im Vergleich zur früheren Ermäßigung von 70-80% durch das Semesterticket jedoch dürftig.

Stefan B. stimmt zu, dass ein teureres Ticket unschön ist. Er findet die Kopplung des Preises an 60% des Deutschlandtickets aus diesem Grund besonders wichtig. Das Ticket ist aus seiner Sicht zu befürworten.

Julius K. weist darauf hin, dass wir uns in einer privilegierten Situation befinden, da wir noch über die Einführung des bundesweiten Semestertickets zum Sommersemester diskutieren können. An anderen Universitäten sind die Fristen bereits mit dem Beschluss der Beitragsordnung abgelaufen. Dass es bezüglich der Einführung im Solidarmodell zu Diskussionen kommt kann er jedoch verstehen.

Isabelle Z. informiert die Anwesenden darüber, dass das Präsidium vor der Sitzung zwei der Einführung zustimmende und eine gegenstimmende E-Mail erreicht haben.

Anton S. fragt ob eine Umfrage oder eine Urabstimmung erfolgen soll.

Julius K. erklärt, dass eine Urabstimmung zu lange dauern würde, da die entsprechenden Fristen eingehalten werden müssen.

Philipp K. fügt hinzu, dass aus Sicht des Justitiariats keine Urabstimmung notwendig ist.

Julius K. rät von der Durchführung einer Urabstimmung ab, da das Ergebnis bei Erreichung des Quorums für ein Jahr rechtlich bindend ist. Je nach Fragestellung könnte dies bei einer preislichen Erhöhung zu Problemen führen. Sein Ziel ist eine Meinungsbildende Umfrage als Entscheidungshilfe.

Anton S. fragt warum eine Urabstimmung so lange dauert und was diese von einer Umfrage unterscheidet.

Stefan B. das größte Problem ist die Erreichung des Quorums und ob wir dieses rechtzeitig erreichen.

Fabian M. stimmt zu und bringt die Mobilitätsumfrage zum Vergleich an. Bei dieser wurden die, bei einer Urabstimmung nötigen 33%, nicht erreicht.

Isabelle Z. hat die Fristen in der Satzung nachgeschlagen. Die Urabstimmung muss mindestens 3 und höchstens 5 Werktage laufen und darf frühestens 10 Werktage nach Ankündigung abgehalten werden.

Emanuel B. meint, dass eine Urabstimmung zeitlich noch geklappt hätte und spricht sich dafür aus in dieser Sitzung die Entscheidung über das bundesweite Semesterticket zu fällen, da eine

Urabstimmung nun zeitlich nicht mehr machbar ist.

Stefan B. stimmt diesem Vorschlag zu. Er denkt nicht, dass eine Urabstimmung noch zeitlich schaffbar ist. Außerdem ist sie satzungstechnisch nicht notwendig und es können die Daten der Mobilitätsumfrage für eine Entscheidungsfindung genutzt werden.

Fabian M. spricht sich weiterhin für eine Umfrage aus um die Studierenden zu informieren und sie nochmal direkt nach ihrer Meinung zu fragen. Er ist jedoch ebenfalls von den Ergebnissen der Mobilitätsumfrage überzeugt. Außerdem wurden alle Studierenden zur heutigen Sitzung eingeladen um mit uns zu diskutieren. Weiterhin bringt er an, dass sich das Justitiariat einen heutigen Beschluss wünscht.

Emanuel B. fragt nach den Ticketmodalitäten.

Julius K. berichtet, dass initial Chipkarten geplant waren, aber das Ticket höchstwahrscheinlich zu einem Online-Ticket werden wird. Das ist eine allgemeine Problematik des bundesweiten Tickets.

Anton S. spricht sich für eine Abstimmung oder Umfrage aus um die Problematik transparent zu kommunizieren. Er möchte sich für die Entscheidung nochmal Rückenwind von der Studierendenschaft einholen.

Emanuel B. fragt was seine Schlussfolgerung ist.

Anton S. würde gerne abfragen ob das bundesweite Semesterticket für das Sommersemester gewünscht ist. Er möchte die Thematik transparent angehen und somit auch allen Studierenden Bescheid geben.

Isabelle Z. befürwortet diesen Ansatz.

Emanuel B. sieht eine Erklärung nach der Entscheidung als ausreichend transparent an. Immerhin haben wir die Ergebnisse der Mobilitätsumfrage. Eine als Abstimmung getarnte Information lehnt er stark ab.

Stefan B. versteht den Nutzen einer Umfrage und Urabstimmung nicht, da wir beide nicht durchführen müssen.

Julius K.: Eine Urabstimmung ist allgemein ein Mittel des StuPa, welches nicht unbedingt bindend ist.

Emanuel B. widerspricht dieser Aussage. Eine Urabstimmung ist bindend, aber kann nach einem Jahr durch einen Beschluss des StuPa aufgehoben werden.

Hans K. fragt ob die Aussagekraft einer Zustimmung durch eine Meinungsbildende Umfrage gleichbleibt oder steigt.

Julius K. spricht sich dafür aus, dass eine Zustimmung nach einer positiv ausgegangenen Umfrage stärker wäre. Wenn in der heutigen Sitzung die Beitragsordnung beschlossen wird, dann wird im Beschlusstext eine Klausel zum Schluss des Vertrags geben. In dieser soll es nur darum gehen ob der Vertrag in der zukünftig vorliegenden Fassung unterzeichnet werden kann oder nicht. Für die Verwaltung wäre dieser Weg unangenehm, aber es kann so gehandelt werden.

Jonathan O. schlägt vor in dieser Sitzung einen Beschluss zu fassen, nach der Sitzung die Meinung der Studierendenschaft durch eine Umfrage einzuholen und die Entscheidung mit dem Ergebnis dieser noch einmal zu überdenken. Aus seiner Sicht gibt es gute Gründe um gegen die

Einführung des Tickets zu stimmen.

Julius K. widerspricht. Das Cottbus AB Ticket kostet 33€ und ist somit teurer als das bundesweite Semesterticket. Vermehrt mit dem Auto zu fahren ist auch keine billigere Alternative und nur für Personen mit einer schlechten Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel oder Personen mit sozialen oder pflegetechnischen Gründen attraktiv.

Fabian M.: Eine Umfrage kann uns nur neue Informationen liefern, wenn die Studierendenschaft mehrheitlich gegen das bundesweite Semesterticket abstimmt. Es gibt daher nur zwei sinnvolle Wege: Eine Umfrage um zu zeigen, dass uns die Meinung der Studierenden zu diesem konkreten Angebot interessiert oder wir verlassen uns auf die, durchaus deutlichen, Ergebnisse der Mobilitätsumfrage.

Jakob K. erinnert daran, dass das **Parlament** von der Studierendenschaft gewählt ist und die Entscheidung zum Ticket auf Basis der Mobilitätsumfrage mit wenigen Bedenken schließen kann.

Stefan B. stimmt der Aussage von **Jakob K.** zu. Er ist der Meinung, dass Studierende, die mit unseren Entscheidungen unzufrieden sind uns nicht wiederwählen müssen. Außerdem hätten diese auch an der Mobilitätsumfrage teilnehmen können.

Julius K. findet die Ergebnisse der Mobilitätsumfrage ebenfalls sinnvoll. Durch die Medien sollten die Studierenden seit Montag vom Ticket wissen und mit diesen Informationen auch selbstständig auf uns zukommen. Außerdem erinnert er daran, dass alle Studierenden zur heutigen Sitzung eingeladen waren.

Christopher M.: Es ist schade jetzt abzuwägen keine Umfrage zu machen. **Fabian H.** hat die Umfrage vorbereitet und könnte sie ohne Aufwand zuschicken. Das Parlament könnte sich damit auf einfache Weise legitimieren und das reale und direkte Meinungsbild einholen. Die Aussagekraft der Mobilitätsumfrage ist in Frage zu stellen, da eine Mehrfachabstimmung möglich war. Auf einer neuen Umfrage kann man richtig aufbauen.

Emanuel B. wäre dafür das Ergebnis einer Umfrage als verbindlich anzunehmen. Er betont, dass diese Umfrage dann einen Urabstimmungscharakter haben muss und nicht aus Transparenzgründen durchgeführt wird.

Stefan B. kritisiert diesen Vorschlag, da somit eine Urabstimmung durchgeführt werden würde ohne diese als solche zu benennen.

Julius K. hält den Vorschlag für rechtlich fraglich.

Stefan B. wirft ein, dass eine Meinungsumfrage nach den Satzungen nicht rechtlich bindend ist und eine Entscheidung auf dieser Grundlage somit anfechtbar ist.

Anton S. ist der Meinung, dass die Entscheidung des Parlaments durch eine Umfrage beeinflusst werden kann.

Julius K. betont, dass in einer Umfrage das Solidarmodell klar erklärt werden muss, damit sie vollständig verständlich ist.

Stefan B. ist sich sicher, dass die Meinung der Parlamentarier durch die Ergebnisse einer Umfrage beeinflusst werden, obwohl es keine repräsentative Umfrage wäre. Er kritisiert an diesem Punkt vor allem die Beteiligung an Umfragen, welche in der Vergangenheit meist unter dem Quorum von 33% lagen.

Emanuel B.: Es geht um eine sehr wichtige Entscheidung. Eine repräsentative Beteiligung der

Studierendenschaft wäre also wünschenswert. Beim Durchführen einer Urabstimmung ist wesentlich mehr Zeit um die Studierenden zu erreichen und zum Abstimmen aufzufordern. Die Beteiligung ist in jedem Fall genauso repräsentativ, wie bei der Wahl des Studierendenparlaments.

Benjamin H. stimmt Emanuel zu.

Stefan B. spricht sich erneut für die Eindeutigkeit der Mobilitätsumfrage aus und meint, dass über die Höhe der Beteiligung bei einer neuen Umfrage nur spekuliert werden kann.

Erik J. befürwortet eine neue Umfrage. Das Ergebnis dieser kann in einer Woche besprochen werden und sie hätte eine exakt formulierte Option anstatt von verschiedenen schwammigen wie in der Mobilitätsumfrage.

Jakob K. schätzt die Mobilitätsumfrage als eindeutig ein, da vor allem der Weg der Studierenden zur Universität betrachtet werden sollte.

Anton S. spricht sich für das Durchführen einer Umfrage aus, da diese keinen Nachteil erzeugt.

Hans K. spricht sich ebenfalls für das Durchführen einer Umfrage aus, wenn diese zeitlich machbar ist.

Julius K.: Genau diese Zeit wurde im Vorfeld ausgehandelt.

GO Antrag auf Pause von Isabelle Z.

Keine Gegenrede.

Die Sitzung wird um 20:01 Uhr pausiert.

Die Sitzung wird um 20:13 Uhr fortgesetzt.

Hans K. spricht sich dafür aus jetzt abzustimmen. Aus seiner Sicht haben die Nachrichten über das kommende Ticket viele Studierende erreicht. Er fragt ob irgendwer eine negative Meinung zum bundesweiten Semesterticket aus der Studierendenschaft gehört hat. Außerdem ist er der Meinung, dass Studierende mit einer starken Meinung gegen das Ticket eher an einer Umfrage teilnehmen würden als Studierende, welche sich für das Ticket aussprechen.

Meinungsbild: Das Studierendenparlament spricht sich dafür aus, heute den Beschluss zum bundesweiten Semesterticket zu fassen.

Das Meinungsbild ist positiv.

Für den folgenden Beschluss ist eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder nötig, da es sich um eine längerfristige Verpflichtung handelt.

Beschluss: 9-14/2023 |17:4:0|

Das Studierendenparlament führt das bundesweite Semesterticket auf Basis der vorliegenden Informationen an der BTU ein, sofern ein annehmbarer Vertrag mit dem VBB zustande kommt.

Jakob K. und **Robin S.** verlassen die Sitzung um 20:33 Uhr.

| TOP 9: BESCHLUSS DER BEITRAGSORDNUNG FÜR DAS SOMMERSEMESTER 2024 UND DAS WINTERSEMESTER 2024/2025 | Beschluss |
|--|------------------|
| <p>Das Studierendenparlament geht gemeinsam die vorliegende Beitragsordnung durch.</p> <p>Emanuel B. ist der Meinung, dass die Beitragsordnung vollständig ist.</p> <p>Julius K. sieht ebenfalls keine Probleme.</p> <p>Philipp K. berichtet, dass aufgrund des bundesweiten Semestertickets der Sozialfond in Höhe von 1€ wieder eingeführt werden sollte. Er spricht sich dafür aus, aufgrund der hohen Rücklagen, den Beitrag weiterhin auszusetzen.</p> <p>Zu diesem Vorschlag gibt es keine Gegenrede.</p> <p>Julius K. fragt, ob die Semesterticketsatzung außer Kraft gesetzt werden muss.</p> <p>Fabian M.: Die Semesterticketsatzung scheint in der Beitragsordnung sowieso nicht mehr referenziert zu werden.</p> <p>Philipp K. schlägt vor eine neue Semesterticketsatzung aufzusetzen, wenn der Vertrag zum bundesweiten Semesterticket vom VBB vorliegt.</p> <p>Beschluss: 10-14/2023 21:0:0 </p> <p>Das Studierendenparlament beschließt die Beitragsordnung der Studierendenschaft für das Sommersemester 2024 und Wintersemester 2024/25 in der vorliegenden Fassung.</p> | |

| TOP 10: INTERNATIONALISIERUNGSSTRATEGIE DER BTU | Information |
|--|--------------------|
| <p>Stefan B.: GO Antrag auf Verschiebung der restlichen Tagesordnungspunkte und Schließung der Sitzung.</p> <p>Inhaltliche Gegenrede von Emanuel B.: Das Thema Internationalisierungsstrategie wäre vielleicht noch wichtig zu besprechen.</p> <p>Abstimmung über den GO Antrag von Stefan B.: 10:8:3 </p> <p>Der GO Antrag von Stefan B. wird angenommen und die Sitzung somit um 21:06 Uhr geschlossen.</p> | |

| TOP 11: SONSTIGES | Information |
|--------------------------|--------------------|
| - | |

| Ja : Nein : Enthaltungen |

Die Sitzung wird um 21:06 Uhr geschlossen.